



## Hauptausschuss

### 45. Sitzung (öffentlich)

19. November 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:55 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) (siehe Anlage)**

5

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3184, Vorlage 16/3197, Vorlage 16/3355 (EP 02), Vorlage 16/3172, Vorlage 16/3231, Vorlage 16/3301, Vorlage 16/3348 (EP 07), Vorlage 16/3205, Vorlage 16/3270 (EP 16)

– Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

**Abstimmungen zu Einzelplan 01:**

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 01 in der durch den angenommenen Änderungsantrag erlangten Fassung einstimmig an.

**Abstimmungen zu Einzelplan 02:**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten ab.

Der Ausschuss nimmt den unveränderten Einzelplan 2, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

**Abstimmungen zu Einzelplan 07 Kapitel 07 070:**

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 3 der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 4 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU an.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 5 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 6 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 7 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuss den Einzelplan 07 Kapitel 07 070 in der durch die angenommenen Änderungsanträge erlangten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

#### **Abstimmungen zu Einzelplan 16:**

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 16 einstimmig an.

## **2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

**17**

Gesetzesentwurf der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/10057

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Antrag ein Sachverständigengespräch zu führen.

## **3 Landesstelle Unna-Massen – dokumentieren und in Erinnerung behalten**

**18**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8126

Ausschussprotokoll 16/1017

Der federführende Hauptausschuss will das Votum des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Medien abwarten. – Der Landesregierung wird nahegelegt, ein Konzept für eine „Vertreibungs-Erinnerungsstätte Unna-Massen“ auf dem ehemaligen Gelände der Landesstelle Unna-Massen vorzubereiten, das die Geschichte und die Entwicklung der Vertreibung sowie die Bedeutung der Landesstelle dokumentiert.

**4 Aktueller Sachstandsbericht zum Glücksspielstaatsvertrag 20**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/3434

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Chef der Staatskanzlei, berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**5 Verschiedenes 23****a) Dienstreise anlässlich der Berlinale 2016 23**

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Dienstreise für den 14. und 15. Februar 2016 nach Berlin, um anlässlich der Berlinale an dem gemeinsamen Empfang der Landesregierung und der Film- und Medienstiftung in der NRW-Landesvertretung in Berlin teilzunehmen.

**b) Übersicht über Zuschüsse des Landes an bisherige Katholikentage und Evangelische Kirchentage 23**

Die Staatskanzlei wird gebeten, die Übersicht zu vervollständigen.

**c) Verabschiedung der bisherigen Ausschussassistentin Birgit Hielscher 24**

## Aus der Diskussion

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)** *(siehe Anlage)*

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3184, Vorlage 16/3197, Vorlage 16/3355 (EP 02), Vorlage 16/3172, Vorlage 16/3231, Vorlage 16/3301, Vorlage 16/3348 (EP 07), Vorlage 16/3205, Vorlage 16/3270 (EP 16)

– Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** eröffnet die Fortsetzung der Haushaltsberatungen im HPA: Vereinbarungsgemäß wolle der Ausschuss in dieser Sitzung auch über Änderungsanträge abstimmen und sodann eine Beschlussempfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuss abgeben.

Die Tischvorlage enthalte die eingebrachten Änderungsanträge. Die aufgrund eines Versehens in der Druckerei bei einem Änderungsantrag fehlenden zwei Seiten würden im Laufe der Sitzung nachgeliefert.

### Einzelplan 01 – Landtag

Zu diesem Einzelplan habe kein Berichterstattergespräch stattgefunden, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Mit der laufenden Nr. 1 liege ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen vor.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** erklärt, die beantragte Erhöhung des Baransatzes diene der Stärkung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zur Umsetzung der EU-Datenschutzreform. Bei den Gesprächen der Parlamentarischen Geschäftsführer sei dieser Mehraufwand noch nicht bekannt gewesen.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 1 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 01 in der durch den angenommenen Änderungsantrag erlangten Fassung einstimmig an.

### Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** verweist auf den Ergebnisvermerk zum Berichterstattegespräch Vorlage 16/3433 und den von der CDU-Fraktion eingebrachten Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 2.

Obwohl die Opposition dies eigentlich nicht tun müsse, so **Werner Jostmeier (CDU)**, mache seine Fraktion nach gutem parlamentarischem Brauch an dieser Stelle einen Deckungsvorschlag für Mehrausgaben, die mit einem Änderungsantrag zu Einzelplan 07 Kapitel 07 070 beantragt würden.

Die Meinung der CDU-Fraktion zu den „Tatkraft“-Tagen sei hinlänglich bekannt, so der Abgeordnete weiter. Angesichts der Pressemeldungen von November interessiere jedoch, ob die Landesregierung die Zahl der „Tatkraft“-Tage tatsächlich von voraussichtlich drei im Jahr 2015 auf sechs im Vorwahljahr 2016 verdoppeln wolle.

Ihre Fraktion halte den von der CDU-Fraktion beantragten Deckungsvorschlag für nicht zielführend, entgegnet **Elisabeth Müller-Witt (SPD)**. Insbesondere in Zeiten eines sehr unsicheren Demokratieverständnisses mancher Bürger müsse die Landesspitze auf repräsentativen Veranstaltungen wie der „Arena“ die Möglichkeit haben, engen Kontakt zum Bürger zu pflegen, damit dieser sich gut angenommen und gut vertreten fühle. Dies sei unabhängig davon, wer die Ministerpräsidentin bzw. den Ministerpräsidenten stelle.

Unter dem letzten CDU-Ministerpräsidenten habe dieser Haushaltsposten einen Umfang von 500.000 € gehabt. Unter der Ministerpräsidentin sei er bereits sehr deutlich reduziert worden. Der Trend dürfe aber nicht dahin gehen, den Ansatz so weit abzusinken, dass die damit verbundenen Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden könnten.

Dieser Änderungsantrag erhalte daher nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** schließt an, verglichen mit dem Haushaltsjahr 2006 würden nun beispielsweise 200.000 € weniger für Öffentlichkeitsarbeit und 850.000 € weniger für den NRW-Tag veranschlagt, und das trotz der in den letzten neun Jahren gestiegenen Preise.

Die Landesregierung müsse nicht nur repräsentieren, sondern mit Blick auf die immer wieder eingeforderte Transparenz vor allem erklären. Das funktioniere nur mit einer gewissen Summe an Geld. Die Staatskanzlei habe in den letzten Jahren aber sehr solide gewirtschaftet.

Der CDU-Änderungsantrag lasse sich inhaltlich nicht nachvollziehen und werde daher abgelehnt.

In der Tat habe man die unterschiedlichen Einschätzungen zu den „Tatkraft“-Veranstaltungen bereits häufiger ausgetauscht, merkt **Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Chef der Staatskanzlei**, auf die Frage von Herrn Jostmeier an. Bei den Haushaltsplanungen sei man bisher immer von sechs Veranstaltungen pro Jahr ausgegangen. Diese Zielgröße strebe man auch für das Jahr 2016 an, einem „normalen“ Jahr vor einem dann anstehenden Wahljahr. Dass es 2015 voraussichtlich bei drei Veranstaltungen bleiben werde, liege auch darin begründet, dass der Terminkalender der Ministerpräsidentin im laufenden Jahr aufgrund der aktuellen Flüchtlingsfragen durch zusätzliche Termine in Berlin extrem beansprucht sei.

Im Übrigen sei dieser Deckungsvorschlag der CDU-Fraktion auch aus Sicht der Staatskanzlei wenig geeignet, so der Minister weiter. Aus dem sehr sparsam bemessenen Titel würden auch 2016 viele Arten von Veranstaltungen gefördert, beispielsweise die Beteiligung Nordrhein-Westfalens am Tag der deutschen Einheit in Dresden. Zudem führe das anstehende 70-jährige Landesjubiläum zu einem erhöhten Aufwand für den NRW-Tag. Diesen Titel weiter zu kürzen wäre nicht sachdienlich.

Sodann lässt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten ab.

Der Ausschuss nimmt den unveränderten Einzelplan 2, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

### **Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung**

Dass die Landeszentrale für politische Bildung allen Fraktionen sehr am Herzen liege, zeigten auch die hierzu vorliegenden fünf Änderungsanträge, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Vorlage 16/3301 enthalte den Ergebnisvermerk zum Bericht-erstattegespräch, Vorlage 16/3435 die gewünschte Übersicht über die Integrationshilfe für Flüchtlinge.

Die Tischvorlage umfasse Änderungsanträge auch zu diesem Einzelplan. Den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 3 habe die CDU-Fraktion vorgelegt. Die Änderungsanträge mit den laufenden Nrn. 4, 5, 6 und 7 stammten von den Fraktionen von SPD und Grünen.

Wie bereits erwähnt, würden noch zwei Seiten zum Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 5 nachgereicht. Sie enthielten unter anderem folgenden Text:

„Fälligkeit der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in 2017.

Folgender Haushaltsvermerk ist anzubringen:

Dieser Titel ist deckungsfähig mit dem Titel 534 10 in der Höhe von bis zu 100.000 EUR für Angebote im Bereich Zuwanderung.

Neufassung der Erläuterungen zu Titel 684 22:

Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen unter anderem Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt und die Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wissenschaftlich begleitet werden. Mehr i. H. v. 250.000 EUR zur zusätzlichen Finanzierung der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.“

Auf das Verlesen der dann folgenden Begründung verzichte er an dieser Stelle, so der Vorsitzende.

**Werner Jostmeier (CDU)** moniert das Beratungsverfahren: Abgesehen davon, dass der Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 5 nicht vollständig vorliege, sei die Tischvorlage den Abgeordneten zu spät zugegangen, als dass man sich noch mit dem Für und Wider beantragter Mehrausgaben in Millionenhöhe beschäftigen und Rücksprache mit der Fraktion hätte nehmen können. Dabei habe die Ausschussassistentin am 16. November 2015 alle Fraktionen darum gebeten – sicher mit Zustimmung des Ausschussvorsitzenden –, Änderungsanträge zeitnah schriftlich einzureichen, um eine Vorbereitung auf die Beratung im Hauptausschuss zu ermöglichen. Die CDU-Fraktion habe sich daran gehalten.

Sie habe auch immer sehr viel Wert darauf gelegt, insbesondere die Haushaltsberatungen zum Kapitel der Landeszentrale für politische Bildung im Konsens zu führen. Diese Arroganz der Macht, die Missachtung des Hauptausschusses, die Missachtung des Parlamentes mache man allerdings nicht mit. Der gemeinsam vereinbarte Terminplan für den Hauptausschuss sehe für diese Sitzung die Abstimmung über Änderungsanträge vor. Bei einem Mindestmaß an Fairness müssten Änderungsanträge spätestens 24 Stunden vor der Beratung vorliegen. Dass das nicht geschehen sei, werde vom Vorsitzenden offensichtlich akzeptiert. Die CDU-Fraktion werde an der Abstimmung zum Haushalt nicht teilnehmen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** weist darauf hin, dass die unvollständige Vorlage eines Änderungsantrages nicht den Antragstellern anzulasten sei.

(Werner Jostmeier [CDU] Okay! Kein Thema!)

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** nimmt an, dass die Ausführungen des Kollegen Jostmeier auf der eingeschränkten Kompetenz der eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen gründe. Der Vorsitzende habe überhaupt keine Möglichkeit, in das Verfahren einzugreifen und Anträge zu verhindern, weil die von allen Fraktionen getragene Geschäftsordnung des Landtages bis zur Beschlussfassung das Stellen von Anträgen zu den jeweiligen Haushaltsstellen ermögliche. Dies sei seit 1946 in Nordrhein-Westfalen und auch in vielen anderen Bundesländern Tradition. Wer sich mit dem Haushaltsrecht auseinandersetze, wisse auch, dass der Haushaltsgesetzgeber jederzeit in der Lage sein müsse, Budgetvorgaben zu ändern. Insofern sei dieses Verfahren weder ungewöhnlich noch ungehörig, noch zeuge es von Arroganz der Macht. Es entspreche vielmehr eins zu eins den Spielregeln der Geschäftsordnung.

Auch inhaltlich seien die Ausführungen des Kollegen Jostmeier nicht korrekt. Wie vom Vorsitzenden dargelegt, habe es bereits zahlreiche Möglichkeiten gegeben, über den Haushalt zu beraten, zum Beispiel in einer ausführlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss. Im Übrigen habe der Kollege Jostmeier, anders als von ihm dargestellt, die letzte Hauptausschusssitzung zu einer ausführlichen Debatte über die Landeszentrale für politische Bildung genutzt, um der Landesregierung erhebliche Mängel am Haushaltsentwurf und eine mangelnde Vorbereitung auf das Jahr 2016 vorzuwerfen. Dies sei eine freundlichere Interpretation der tatsächlich gewählten Worte in der letzten Sitzung.

(Werner Jostmeier [CDU]: Das habe ich so nicht gesagt, weder den Satz noch den Inhalt! Das ist falsch, was Sie sagen!)

Die Änderungsanträge seien den Fraktionen am Vortag in völliger Transparenz digital zugegangen, sodass gemäß Geschäftsordnung ausreichend Möglichkeit zur Beratung bestanden habe.

Auch hinsichtlich der Deckungsvorschläge möge der Kollege Jostmeier unbesorgt sein. Man könnte dafür die Nettoneuverschuldung erhöhen; dazu würde gemäß Landeshaushaltsordnung in der zweiten Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses ein entsprechender Bereinigungsbeschluss gefasst. Allerdings könne er für die Koalitionsfraktionen schon ankündigen, so Mostofizadeh, dass selbstverständlich für alle beantragten Mehrausgaben Deckungsvorschläge gemacht würden.

Das laufende haushaltspolitische Verfahren entspreche der Geschäftsordnung, der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung. Herr Jostmeier versuche, hier einen Popanz aufzublasen, weil er sich in der Sache nicht äußern wolle.

Nun bleibe noch zu hoffen, die Änderungsanträge im Einzelnen begründen zu können.

**Werner Jostmeier (CDU)** erhält seinen Vorwurf aufrecht: Ein solches Verfahren habe es noch nie gegeben. Es entspreche nicht den Spielregeln. Die Änderungsanträge seien vielleicht dem Ausschussesekretariat rechtzeitig zugegangen, nicht jedoch den

Fraktionen. Zumindest die CDU-Fraktion habe davon soeben erst über die Tischvorlage Kenntnis erhalten und somit keine Gelegenheit zur Durchsicht und Rücksprache gehabt.

Auch der Vorwurf, dass die Koalitionsfraktionen das Parlament missachteten, bleibe bestehen, so Jostmeier. Die Presse habe bereits vor zwei Tagen über eine Presseerklärung erfahren, dass die Koalitionsfraktionen Änderungsanträge stellen wollten, zum Beispiel 200.000 € für die Aufklärungs- und Informationsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung – nachdem die CDU-Fraktion dafür schon zuvor 250.000 € beantragt gehabt habe. Anders als die Presse habe das Parlament diese Ankündigung nicht erhalten.

Es gebe weitere Wortmeldungen zum Verfahren, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Die inhaltliche Würdigung der Änderungsanträge folge danach.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** pflichtet Herrn Mostofizadeh bei. Herrn Jostmeier, der auf Fristen rekurriere, sei gesagt, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion auch erst am Vortag gegen 17 Uhr während der Sitzung des Wissenschaftsausschusses bei den anderen Fraktionen eingegangen sei, also ebenfalls nicht 24 Stunden vor Beginn der Beratung.

Der Ausschuss sollte sich nicht länger mit gegenseitigen Vorwürfen aufhalten. Herr Mostofizadeh habe soeben ausführlich dargestellt, dass die Landeszentrale für politische Bildung hier bereits mehrfach intensiv thematisiert worden sei. Insofern dürfte es auch nicht überraschen, dass Änderungsanträge zu Haushaltstiteln der Landeszentrale gestellt würden.

**Dirk Wedel (FDP)** meint, die Äußerungen von Herrn Mostofizadeh seien juristisch korrekt, im Umgang schwierig und ließen Rückschlüsse auf die Qualität der Änderungsanträge zu.

Unabhängig von der juristischen Bewertung sei der Umgang miteinander nicht korrekt, betont **Torsten Sommer (PIRATEN)**. Trotz aller politischen Differenzen in Bezug auf die Landeszentrale für politische Bildung habe der Hauptausschuss auf diesem Feld immer einen Konsens angestrebt. Er selber könnte es sich gut vorstellen, die Landeszentrale am Parlament aufzuhängen, so der Redner, nehme dergleichen aber mit Blick auf einen Konsens gerne aus der Diskussion heraus. Die Landeszentrale für politische Bildung dürfe nicht zum Spielball politischer Geländegewinne genutzt werden. Die Demokratie werde derzeit ohnehin von vielen Seiten stark angegriffen. Insofern sei die hier gewählte Vorgehensweise nicht zielführend und auch insofern ärgerlich, als er vielen Änderungsanträgen inhaltlich zustimmen könne und auch entsprechend abstimmen werde, so Sommer.

**Heiko Hendriks (CDU)** stimmt seinem Vorredner zu: Angesichts der hier in Rede stehenden Aufklärung und Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Salafismus wäre es unabhängig von der juristischen Einschätzung besser gewesen, auf einen

Konsens zu setzen. Dazu gehöre die Vorabinformation. Die Koalitionsfraktionen vermittelten bedauerlicherweise den Eindruck, als wollten sie dies nicht. Man hätte an einem Strang ziehen können, wenn die Änderungsanträge früher vorgelegt worden wären.

Zur Wahrheit gehöre auch, dass alle Abgeordneten den CDU-Änderungsantrag am Vortag um 12.03 Uhr erhalten hätten. Dies sei auch relativ spät, aber immerhin deutlich früher als der Zugang der Änderungsanträge von SPD und Grünen, aber ebenfalls nicht überraschend, da bereits in früheren Sitzungen angekündigt.

Man hätte zu bestimmten Punkten sowohl nach innen als auch nach außen Einigung erzielen und auch über Ansatzserhöhungen nachdenken können. Dann aber müsse Gelegenheit zur Beratung bestehen. Dies sei nicht der Fall gewesen. Insofern werde sich die CDU-Fraktion an den folgenden Abstimmungen nicht beteiligen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** ruft sodann die Änderungsanträge zur inhaltlichen Beratung auf.

Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 3, gestellt von der Fraktion der CDU:

Zunächst bittet **Werner Jostmeier (CDU)** darum, dass Protokoll der letzten Hauptausschusssitzung nachzulesen. Es belege, dass die Darstellung seiner Wortmeldung durch Herrn Mostofizadeh soeben falsch gewesen sei. Die CDU-Fraktion lege immer sehr viel Wert darauf, die Haushaltstitel der Landeszentrale für politische Bildung im Konsens zu verabschieden.

Die schriftliche Begründung zu diesem Änderungsantrag liege vor. Dankenswerterweise habe die Staatskanzlei am Vortag die gewünschte Übersicht über die Integrationshilfe für Flüchtlinge – Vorlage 16/3435 – übermittelt. Daraus gehe auch hervor, dass in wenigen Wochen mehrsprachige Unterlagen über Rechte und Pflichten, über das Land Nordrhein-Westfalen usw. zur Verfügung stünden, um das in den letzten Wochen von Polizei, Kommunen, THW und Caritas bestätigte Informationsdefizit zu beseitigen. Die Erhöhung des Baransatzes solle dazu beitragen, dass die Landeszentrale für politische Bildung in die Informationsarbeit für Flüchtlinge und Asylbewerber entsprechend eingebunden werden könne.

Änderungsanträge mit den laufenden Nrn. 4 bis 7,  
gestellt von den Fraktionen von SPD und Grünen:

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** führt aus, die Landeszentrale für politische Bildung benötige in der derzeitigen Situation eine bessere finanzielle Ausstattung. Das betreffe nicht nur die Flüchtlinge, sondern die gesamte Gesellschaft. Permanent werde deutlich, dass die Landeszentrale für politische Bildung vor der herausragenden Aufgabe stehe, verstärkt über Demokratie und Grundrechte zu informieren. Das gelte für die

aufnehmende Gesellschaft, die Zuwanderer, aber auch die Menschen, die als Helfende in engstem Kontakt mit Zuwanderern stünden und sich in manchen Situationen überfordert fühlten.

Zudem wollten die Koalitionsfraktionen intensiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgehen und die von der Landesregierung hierzu bereits auf den Weg gebrachten umfangreichen Aktionen stärken. In der derzeitigen Situation könne man nicht genug tun, um die Demokratie zu stärken. Die Deckungsfähigkeit des Titels 684 22 – Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus – mit dem Titel 534 10 – Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung – in Höhe von 100.000 € verknüpfe die Themen und ermögliche ein flexibles Vorgehen. Der Landeszentrale stünden somit insgesamt 200.000 € zur Verfügung.

**Dirk Wedel (FDP)** begründet namens seiner Fraktion die Ablehnung der Änderungsanträge mit den laufenden Nrn. 4 bis 7: Insbesondere der Höhe nach ließen sich diese Anträge nicht nachvollziehen. Es bleibe trotz schriftlicher und mündlicher Begründung offen, aus welchem Grund gegen Salafismus 200.000 €, gegen Rechtsextremismus jedoch 3,15 Millionen € eingesetzt werden sollten. Dies sei ein Schnellschuss, mit dem SPD und Grüne kurz vor Toresschluss im Fachausschuss einen Akzent setzen wollten. Die im Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 4 genannten Jahrestage seien lange bekannt. Die beantragte Erhöhung des Baransatzes unterstelle insofern, dass die Landeszentrale bisher nicht richtig geplant hätte.

**Werner Jostmeier (CDU)** betont, seine Fraktion werde an der Abstimmung über die Änderungsanträge mit den laufenden Nrn. 5 ff. nicht teilnehmen und sich bei der Abstimmung über den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 4 enthalten. Gerne hätte man den Titel im Konsens erhöht – 100.000 € seien zu wenig –, man wolle aber nicht blockieren.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** empfiehlt einen Blick in die Ergänzungsvorlage der Landesregierung, die weitere umfangreiche Änderungen am Haushaltsplan 2016 enthalte. Nordrhein-Westfalen greife als erstes Bundesland die aktuelle Entwicklung auf und mache das Thema „Integration“ zu einem wesentlichen Maßstab des Haushalts 2016. Allein für die Unterbringung von Flüchtlingen würden rund 2 Milliarden € bereitgestellt. Der Einzelplan des MAIS umfasse knapp 12 Millionen € für Integrationsmaßnahmen, zum Beispiel das Programm „KommAn-NRW“.

Die Notwendigkeit, Integrationsleistungen zu erbringen, sei nicht erst seit Montag bekannt. Dazu gehörten bereits vor den Attentaten in Paris eine Klarstellung der Spielregeln und ein Reagieren auf salafistische Umtriebe in Deutschland. Da die CDU-Fraktion solche Programme an vorderster Front einfordere, könne sie eigentlich auch von den Anträgen nicht überrascht worden sein.

Da die Begründungen zu den Änderungsanträgen sehr umfangreich und detailliert seien, könne er auf mündliche Erläuterungen an dieser Stelle verzichten, so der Abgeordnete.

Die Koalitionsfraktionen hätten sich sehr viel Mühe gegeben, sehr gezielt und sehr konzentriert im Integrationsbereich voranzugehen. Die Landesregierung habe bereits in den Plenardebatten vor den Herbstferien eindeutig angekündigt, mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einzustellen. Dies werde nun haushalterisch nachvollzogen. Wer sonst immer Werbung für Bayern mache, sollte sich nun freuen, dass Nordrhein-Westfalen das Bundesland sei, das beim Thema „Integration“ Maßstäbe setze.

(Zuruf von Heiko Hendriks [CDU]: Gehen Sie mal nach Essen! Da können Sie gucken, was los ist, wie das Land hilft! Amtersuchen für Notunterkünfte! Gibt es nur in Nordrhein-Westfalen!)

– Er lebe in Essen, wo derzeit am Overhammshof auf dem ehemaligen Kutel-Gelände eine geradezu vorbildliche Erstaufnahmeeinrichtung entstehe, die er sich persönlich angesehen habe, so Mostofizadeh. Er habe zudem mit dem neuen CDU-Oberbürgermeister Thomas Kufen und zwei weiteren CDU-Mitgliedern ausführlich über die Sachlage in Essen gesprochen.

Nordrhein-Westfalen werde als erstes Bundesland deutlich mehr Geld für Integrationsmaßnahmen bereitstellen als bisher. Kern der Erregung sei wohl, dass die CDU-Fraktion es nicht selbst geschafft habe, diese inhaltliche Arbeit zu leisten und entsprechende Änderungsanträge vorzulegen.

Er werde den Änderungsanträgen mit den laufenden Nrn. 4 bis 7 zustimmen, so **Torsten Sommer (PIRATEN)**. Anzumerken sei allerdings, dass die Koalitionsfraktionen in ihren Änderungsanträgen mit den laufenden Nrn. 4 und 6 der Landeszentrale für politische Bildung deutlich vorschreibe, für welchen Bereich sie die Mittel einsetzen dürfe. In Beratungsgesprächen vorab hätte man an der Stelle möglicherweise ein bisschen mehr Flexibilität schaffen können.

Herr Hendriks habe mit seinen Anmerkungen zu Essen sagen wollen, dass die Kommunen den Nothilfesuchen des Landes stattgeben müssten. Hiervon solle ja erfreulicherweise Abstand genommen werden. Ungeachtet dessen hätte man in Gesprächen mit Kommunalen viel mehr erreichen können als mit diesen Anweisungen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was hat das mit den Anträgen zu tun?)

– Diese Ausführungen sollten nur dem Verständnis dienen.

Das sei ein Ausflug in die Flüchtlingspolitik gewesen, merkt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** an. Herr Sommer kehre sofort zum Thema zurück.

**Torsten Sommer (PIRATEN)** betont, da die zunächst bereitgestellten Unterkünfte in Essen nicht funktioniert hätten, müsse dort selbstverständlich eine neue EAE errichtet werden. Es bleibe zu hoffen, dass dort auch Quarantäneeinrichtungen geplant würden. Viele Dinge seien in der Heimatstadt von Herrn Mostofizadeh bisher falsch gelaufen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich bin dafür überhaupt nicht zuständig! Was soll das jetzt hier?)

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** bittet die Abgeordneten darum, sich auf das Thema und die vorliegenden Anträge zu konzentrieren.

Zu begrüßen sei, fährt **Torsten Sommer (PIRATEN)** fort, dass mit dem Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 5 der Landeszentrale für politische Bildung und den bei ihr angesiedelten Mobilen Beratungsteams mehr Geld zur Verfügung gestellt werden solle. Dies sei dringend notwendig.

Herr Wedel möge bedenken, dass in NRW Terrorismusgefahr und Gewaltanwendungen von der rechtsextremen Szene ausgingen. In den letzten zehn, 15 Jahren sei kein terroristisch begründeter Todesfall in NRW mit Salafisten in Verbindung zu bringen gewesen, sehr wohl aber mit Rechtsextremisten. Daher sei die Gewichtung bei der Zuteilung von Haushaltsmitteln bis zu einem gewissen Grad folgerichtig, wenngleich in Zukunft sicher mehr gegen den Salafismus unternommen werden müsse. Somit sei auch der Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 6 zustimmungsfähig.

Der Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 7 werde von den Piraten ohnehin begrüßt.

**Oliver Keymis (GRÜNE)** wirbt bei allen Fraktionen dafür, dem Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 7 zuzustimmen. Der von der Koalition dankenswerterweise gemeinsam zuwege gebrachte Antrag sehe unter dem Rubrum „Erinnerungskultur“ vor, die Mittel für Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft um 500.000 € zu erhöhen, zu der man sich in den nächsten Jahren stärker als bisher entwickeln werde.

Von den Mitteln dieses Titels profitiere erfreulicherweise endlich auch das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten, das einzige jüdische Museum in Nordrhein-Westfalen. Seine Geschäfte würden inzwischen nicht mehr ehrenamtlich geführt, sondern professionell.

Er bitte um getrennte Abstimmung über die Änderungsanträge, so der Abgeordnete, und schlage zudem noch spontan vor, für eine der kommenden Hauptausschusssitzungen wieder einmal den Präsidenten des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes einzuladen, um nach den verheerenden Anschlägen in Paris mit Blick auf die vorgelegten Haushaltsanträge über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Salafismus zu beraten.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** kündigt an, über die Änderungsanträge getrennt abstimmen zu lassen.

Bezogen auf eine Einladung von Herrn Freier möge man berücksichtigen, dass im Jahr 2015 nur noch eine kurze Hauptausschusssitzung an einem Plenartag vorgesehen sei, um die Staatsverträge auf den Weg zu bringen.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** stellt Folgendes klar:

Der zweiten Seite des Änderungsantrags mit der laufenden Nr. 5, mit dem der Baransatz für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus um 2,1 Millionen € erhöht werden solle, lasse sich entnehmen, dass dieser Titel in der Höhe von bis zu 100.000 € deckungsfähig sei mit dem Titel für die allgemeinen Ausgaben für die Landeszentrale für politische Bildung. Insgesamt stünden der Landeszentrale für politische Bildung an dieser Stelle also 200.000 € mehr zur Verfügung und nicht lediglich 100.000 €, wie von Herrn Jostmeier behauptet.

Im Übrigen sei in der Begründung zum Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 6 nachzulesen, dass für die Förderung der Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus ein neuer Haushaltstitel eingerichtet werden solle.

Sodann lässt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 3 der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 4 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU an.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 5 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 6 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag mit der laufenden Nr. 7 der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimme der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuss den Einzelplan 07 Kapitel 07 070 in der durch die angenommenen Änderungsanträge erlangten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an. (Die Fraktion der CDU hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

### **Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof**

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** verweist auf den Ergebnisvermerk zum Berichterstattegespräch Vorlage 16/3270. Änderungsanträge lägen nicht vor.

(Keine Wortmeldungen)

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 16 einstimmig an.



		muss insbesondere vor dem Hintergrund des europäischen Kohärenzmechanismus und des Marktprinzipis als hoch angesehen werden.	
--	--	--	--

Änderungsantrag zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																		
2	CDU	<p>Kapitel 02 010: Ministerpräsidentin Titel 541 30 Kongresse und Veranstaltungen</p> <p>Verminderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td>2016</td> <td></td> <td>2015</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>von</td> <td>350.000 Euro</td> <td>350.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>auf</td> <td>100.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Kürzung dient zur Deckung der Erhöhung in EP 07.</p>												2016		2015								von	350.000 Euro	350.000 Euro								um	250.000 Euro									auf	100.000 Euro								SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	2016		2015																																																		
	von	350.000 Euro	350.000 Euro																																																		
	um	250.000 Euro																																																			
	auf	100.000 Euro																																																			

Änderungsantrag zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016

## Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
3	CDU	<p data-bbox="521 1163 626 2118">Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 534 10 Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p data-bbox="695 1163 727 2118">Erhöhung des Baransatzes</p> <table data-bbox="760 1163 898 2118"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;"><b>2016</b></td> <td style="text-align: center;"><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.401.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.705.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.651.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p data-bbox="963 1163 1255 2118"><b>Begründung:</b> Flüchtlingen und Asylbewerbern, die dauerhaft in Deutschland Aufnahme finden wollen, soll die Integration durch schnelles Erlernen der deutschen Sprache und baldige Einbindung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Zum Gelingen der Integration gehören unabdingbar zunächst das Zurechtfinden in einer für sie fremden Kultur, vor allem aber auch das Verständnis und die Beachtung unserer Rechts- und Werteordnung.</p> <p data-bbox="1287 1163 1401 2118">Es ist dringend geboten, den ankommenden Flüchtlingen solche Basisinformationen mehrsprachig und verständlich an die Hand zu geben.</p>		<b>2016</b>	<b>2015</b>	von	1.401.500 Euro	1.705.000 Euro	um	250.000 Euro		auf	1.651.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
	<b>2016</b>	<b>2015</b>													
von	1.401.500 Euro	1.705.000 Euro													
um	250.000 Euro														
auf	1.651.000 Euro														

		<p>Insbesondere ist notwendig, dass die Landeszentrale für politische Bildung zusätzliche Angebote entwickelt, die niedrigschwellig angelegt sind und in den Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber oder an geeigneten Orten über die Grundlagen unserer Verfassung, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit informieren und für die Werte des Zusammenlebens in Deutschland und Nordrhein-Westfalen werben. Dafür reichen die bisherigen Mittel nicht aus.</p>	
--	--	---	--

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Titel 534 10 Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2016:</b></p> <p>von 1 401 500 Euro</p> <p>um 100 000 Euro</p> <p>auf 1 501 500 Euro</p> <p><b>2015:</b></p> <p>1 705 000 Euro</p> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerks:</b> Nr. 5: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 22.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern. Die Erhöhung fußt auf den allgemein gestiegenen Anforderungen an die politische Bildungsarbeit. Zudem sind anlässlich der Jubiläen „70 Jahre NRW“, „70 Jahre Landtag NRW“ und „70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW“ deutlich mehr Aufwendungen für Veranstaltungen sowie Informationen zu erwarten.</p>	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 16/xxx																	
Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
5	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titel 684 22</p> <p>Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie Salafismus</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung in „Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus“</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.050.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.150.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2016</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2015</b></td> </tr> <tr> <td>von 350.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 750.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in 2017.</p>	<b>2016</b>	<b>2015</b>	von 1.050.000 Euro	850.000 Euro	um 2.100.000 Euro		auf 3.150.000 Euro		<b>2016</b>	<b>2015</b>	von 350.000 Euro	300.000 Euro	um 750.000 Euro		auf 1.100.000 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b>	<b>2015</b>																		
von 1.050.000 Euro	850.000 Euro																		
um 2.100.000 Euro																			
auf 3.150.000 Euro																			
<b>2016</b>	<b>2015</b>																		
von 350.000 Euro	300.000 Euro																		
um 750.000 Euro																			
auf 1.100.000 Euro																			

	<p><u>Folgender Haushaltsvermerk ist anzubringen:</u></p> <p><i>Dieser Titel ist deckungsfähig mit dem Titel 534 10 in der Höhe von bis zu 100.000 EUR für Angebote im Bereich Zuwanderung.</i></p> <p>Neufassung der Erläuterungen zu Titel 684 22:</p> <p>Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen unter anderem Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt und die Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wissenschaftlich begleitet werden. Mehr i.H.v. 250.000 EUR zur zusätzlichen Finanzierung der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.</p> <p><b>Begründung:</b> Aus dem HH Titel sollen – wie in den Vorjahren – lediglich Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert werden. Für die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll ein neuer HH Titel eingerichtet werden.</p> <p>Die Erhöhung der Mittel dient der Förderung von Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das dafür geeignete Mittel ist die Umsetzung des von der Landesregierung entwickelten integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dieses Konzept muss für die effektive und umfassende Anwendung auch im Rahmen der aktuellen Herausforderungen und Chancen mit zusätzlichem Geld hinterlegt werden, dies ist dazu der erste wichtige Schritt. Integration, ein respektvolles Kennenlernen und ein toleranter Umgang werden vor allem vor Ort realisiert. Deshalb sollen die zusätzlichen Mittel insbesondere dazu beitragen, in den Kreisen und kreisfreien Städten die Entwicklung und Umsetzung langfristig ausgerichteter Konzepte gegen</p>	
--	---	--

	<p>Rechtsextremismus und Rassismus und zur Entwicklung demokratischer zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu unterstützen. Die im integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus festgelegten Ziele sollen dabei den Rahmen geben. Auch das Mittel der mobilen Beratungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus hat sich als sehr effektiv erwiesen. Die Notwendigkeit des Ausbaus im Rahmen der aktuellen Anforderungen zeigt sich schon heute in einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach Beratung aus dem kommunalen Raum in Folge der Bewältigung der Aufgaben im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen und der Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.</p> <p>250.000 Euro sollen daher für die Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus aufgewandt werden. Die Mobilen Beratungsteams haben insbesondere aufgrund der Flüchtlingssituation einen deutlichen Anstieg an Beratungsanfragen, die mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abzuarbeiten sind.</p>	
--	--	--

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

		Anlage zu Vorlage 16/xxx			
Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis		
6	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titel 684 23 (neu)</p> <p style="text-align: center;">Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</p> <p>Einrichtung eines neuen HH Titels mit der Zweckbestimmung „Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus“ mit einem Ansatz</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <b>2016</b> von 0 Euro um 200.000 Euro auf 200.000 Euro         </td> <td style="width: 50%; vertical-align: top;"> <b>2015</b> 0 Euro         </td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll nicht über den HH Titel 07 070/684 22 erfolgen, sondern es soll ein neuer HH Titel mit einem Baransatz von 200.000 Euro hierfür eingerichtet werden.</p>	<b>2016</b> von 0 Euro um 200.000 Euro auf 200.000 Euro	<b>2015</b> 0 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
<b>2016</b> von 0 Euro um 200.000 Euro auf 200.000 Euro	<b>2015</b> 0 Euro				

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07  
zum Haushaltsgesetz 2016

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Anlage zu Vorlage 16/xxx Abstimmungsergebnis								
7	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titelgruppe 80</p> <p>Landeszentrale für politische Bildung Förderung von Projekten der Gedenkstätten- arbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur</p> <p>Titel 684 80</p> <p>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" data-bbox="868 1330 998 2110"> <tr> <td>2016</td> <td>2015</td> </tr> <tr> <td>von 983.200 Euro</td> <td>983.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.483.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Ergänzung der Erläuterung zu Titel 684 80: Von den Mitteln soll das Jüdische Museum Westfalen Zuwendungen in Höhe von 100.000 € erhalten.</p> <p><b>Begründung:</b> Erinnerungskultur ist elementarer Teil der politischen Bildung. Gerade die NRW- Gedenkstättenarbeit ist durch innovative Konzepte beispielhaft und bedarf verstärkt der Unterstützung. Maßnahmen im Bereich der Erinnerungskultur sollen unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft mit einem Umfang von 500.000 Euro durchgeführt werden.</p>	2016	2015	von 983.200 Euro	983.200 Euro	um 500.000 Euro		auf 1.483.200 Euro		SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN
2016	2015										
von 983.200 Euro	983.200 Euro										
um 500.000 Euro											
auf 1.483.200 Euro											

		<p>Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S.78, heißt es hierzu: "Die ‚Erinnerungskultur‘ bedarf der weiteren Unterstützung durch das Land. Dabei sollen die unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungsstränge unseres Landes angemessen berücksichtigt werden."</p>	
--	--	---	--